

Menschenrechte im EU- Handelsabkommen mit MERCOSUR: Risiken und Instrumente

Armin Paasch

Referent Wirtschaft und Menschenrechte

Menschenrechtsrisiken

- Expansion von Soja-, Zuckerplantagen und Viehzucht fördert Landkonflikte zulasten Indigener und Bauern
- Rechte auf Nahrung, Wohnen und Selbstbestimmung von indigenen Völker und Kleinbauern bedroht
- Mehr Pestizideinsatz gefährdet Recht auf Gesundheit
- Klima-Effekte durch Abholzung im Amazonas haben globale Menschenrechtsdimension
- Alle Menschenrechtsverletzungen unter Bolsonaro wahrscheinlicher
- Arbeitsplatzzerstörung durch Zollabbau in der Industrie gefährdet Recht auf Arbeit

Nachhaltigkeitsfolgenabschätzung

- Nachhaltigkeitsfolgenabschätzung (SIA) liegt nicht vor, nur Entwurf des Zwischenberichts (3.10.2019)
- Erwähnt Risiken für Rechte auf angemessenen Lebensstandard, Gesundheit, für Indigene und Frauen
- Risiken und Chancen ohne Fazit gegenübergestellt
- Verschärfte Menschenrechtsslage in Brasilien wird nicht erwähnt
- Späte Veröffentlichung nimmt SIA jeglichen Einfluss
- Bundesregierung hatte im NAP zugesagt, sich für SIA VOR Verhandlungsbeginn einzusetzen: jetzt geleugnet

Feigenblatt Nachhaltigkeitskapitel

- Unterzeichner bekennen sich zu Klimaschutz, ILO-Standards und Nachhaltigkeitszielen
- Staaten sollen „support the dissemination and use of international instruments“ wie UNLP für Wi&MR
- Staaten sollen „promote the voluntary uptake by companies of corporate social responsibility“
- Das Kapitel ist zudem vom Sanktionsmechanismus explizit ausgeschlossen (Art. 15.5)
- In Konfliktfällen wird Expertenpanel einberufen, kann aber nur unverbindliche Empfehlungen aussprechen
- Bundesregierung hatte Einsatz für verbindliche Menschenrechts- und Umweltstandards zugesagt

Menschenrechtsklausel?

- Mandat von 1999 nennt Menschenrechte als „élément essentiel de l'accord“
- Menschenrechtsklausel im Handelsteil nicht enthalten
- Würde Parteien Gegenmaßnahmen im Falle schwerer Menschenrechtsverletzungen erlauben
- Erlaubt aber keine Maßnahmen, die gegen andere Bestimmungen des Abkommens selber verstoßen
- Aktivierung erfordert Nachweis, dass die andere Partei Menschenrechte verletzt hat
- Enthält keine Verpflichtungen für Unternehmen
- Wurde bisher nur in wenigen Extremfällen genutzt

Schlussfolgerungen

- Vertrag von Lissabon verpflichtet EU, Menschenrechte in Handelspolitik zu achten und zu fördern
- Das Abkommen birgt schwerwiegende Risiken für Menschenrechte
- Risiken umso höher, als Bolsonaro Gesetze zum Schutz von Umwelt, Indigenen und Menschenrechten abbaut
- Nachhaltigkeitskapitel bietet keinen Schutz und Abhilfe
- Forderungen nach besserem Nachhaltigkeitskapitel und Menschenrechtsklausel greifen zu kurz
- Aus Menschenrechtsperspektive ist das Abkommen insgesamt abzulehnen